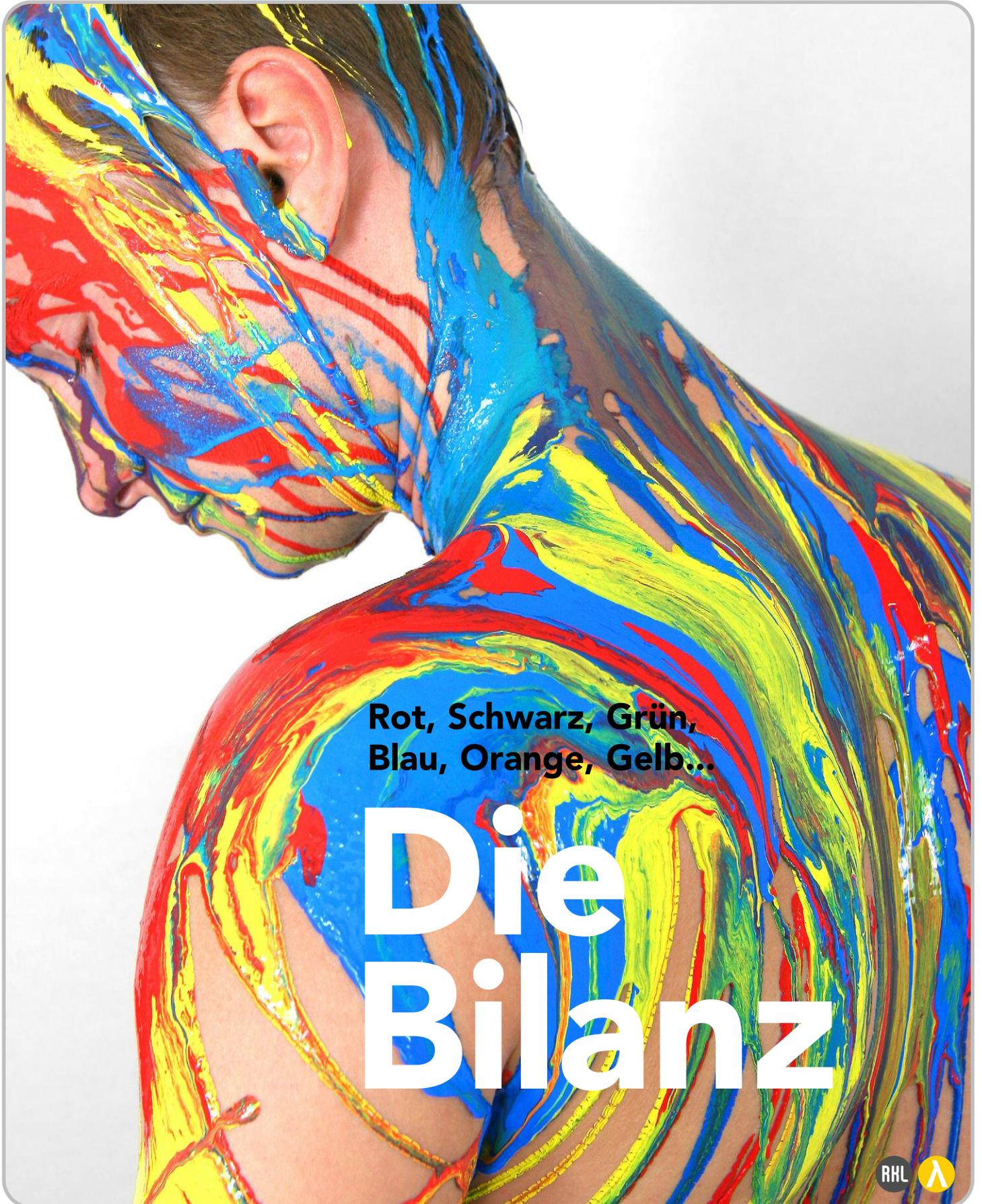


RHL



JUS AMANDI

02/2008 Zeitschrift für gleichgeschlechtliche Liebe und Recht



Rot, Schwarz, Grün,
Blau, Orange, Gelb...

Die Bilanz

RHL



Rot, Schwarz, Grün, Blau, Orange, Gelb...

Die Bilanz

Am 28. September wird der Nationalrat neu gewählt. Wir haben aus diesem Anlass zusammengestellt, was die Parteien in den 1½ Jahren der vergangenen Gesetzgebungsperiode für oder gegen uns getan haben. Das reale Verhalten nach der letzten Wahl erscheint uns aussagekräftiger als die jetzt vor der Wahl wieder gegebenen zahlreichen Wahlversprechen.

Am 28. September wird der Nationalrat neu gewählt. Wir haben aus diesem Anlass zusammengestellt,

SPÖ

SP-Justizministerin Berger: gegen Zivilehe und Adoption

Foto: BMJ/Jürg Christandl



● In Parteitagsbeschlüssen (2004, 2006, 2008) fordert die SPÖ regelmäßig die vollständige Gleichstellung gleich- und verschiedengeschlechtlicher Partnerschaften, inkl. mittelfristiger Öffnung der Zivilehe und Adoptionsmöglichkeit. In der Opposition brachte sie im Nationalrat eine eingetragene Partnerschaft mit nahezu vollständiger Gleichstellung mit der Ehe ein. Und im Wahlkampf 2006 schaltete sie in Homosexuellenzeitschriften grossflächige Hochglanzanzeigen, in denen sie die „rasche Verwirklichung der eingetragenen Partnerschaft, sowie generelle Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule“ forderte.

drücken. Lediglich die Neuwahlen machten ihr glücklicherweise (vorläufig) einen Strich durch die Rechnung. Berger wandte sich mehrmals gegen die SP-Parteilinie und sprach sich dezidiert gegen Adoptionsrecht, gegen die volle Gleichbehandlung durch Aufhebung des Eheverbotes, ja sogar gegen die Eheähnlichkeit einer eingetragenen Partnerschaft aus.

SP-Gleichbehandlungsministerin Bures: Keine Zeit für Homosexuelle



Diskriminierungsschutz

Keine Initiativen. Frauenministerin Doris Bures, Regierungskordinatorin in Gleichbehandlungsfragen, weigerte sich standhaft, HomosexuellenvertreterInnen zu empfangen. Wenn andere MinisterInnen dies täten, hätten diese offenbar weniger zu tun als sie, lautete eine der Begründungen ...

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer richtete am Tag nach der Wahl im Nationalratssitzungssaal des Parlaments den 15-Jahre-Festakt für das RKL aus und forderte in ihrer Rede volle Gleichbehandlung. Was ihre Partei nach der Wahl tatsächlich tat, ist ernüchternd.

§ 209-Ersatz

SP-Justizministerin Bergers Gesetzesinitiativen zur Verschärfungen für SexualstraftäterInnen bezogen sich unterschiedslos auch auf die Nachfolgebestimmung des anti-homosexuellen Sonderstrafgesetzes § 209, den § 207b Strafgesetzbuch, der diskriminierend gegenüber Homosexuellen angewendet wird.

SP-Sozialminister Buchinger: Keine Wiedergutmachung für homosexuelle NS-Opfer



Partnerschaften

SP-Justizministerin Maria Berger handelte gegen die offiziell beschlossene Parteilinie und legte ein Gesetz mit zahllosen Sonderregeln vor. Allein im Justizbereich sind mehr als 20 Abweichungen zum Eherecht vorgesehen. Ausserdem fehlen die zu den vorgesehenen zivilrechtlichen Pflichten gehörenden sozial-, steuer- und fremdenrechtlichen Ansprüche (auch aus den SP-geführten Ministerien). Sämtliche parteiunabhängigen lesbischwulen NGOs lehnen dieses **schlechteste Partnerschaftsgesetz der Welt** mit Pflichten ohne Rechte vehement ab. Berger beeindruckte das nicht und schickte sich an, das Gesetz gegen den Willen der Betroffenen durchzu-

Wiedergutmachung

Keine Initiativen. SP-Sozialminister Buchinger hat im Sommer des Vorjahres einer Delegation des RKL erklärt, dass er (nach einiger Diskussion) die Forderung nach Gleichstellung der homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus mit den anderen Opfergruppen im Pensionsrecht versteht, er werde aber diesbezüglich sicher nichts unternehmen ...

Nationalratspräsidentin Prammer richtete RKL-Festakt aus

Foto: Petra Spiola



Offen homosexuelle Abgeordnete

Keine.

Molterer: Ehe und Kinder vor Homosexuellen schützen



VP-Innenministerin Fekter: wollte § 209-Ersatz verschärfen



VP-Gesundheitsministerin Kdolsky: kündigte Ende des Blutspendeverbots an



VP-Minister Bartenstein, Molterer, Platter, Plassnik: Empfangen keine HomosexuellenvertreterInnen

ÖVP

● Für die ÖVP kommen gleiche Rechte für homosexuelle Frauen und Männer nach wie vor nicht in Frage. Sie hat alle Initiativen in diese Richtung behindert und blockiert. Nach ständiger Diktion (auch der „fortschrittlichen“ VP-PolitikerInnen) müssten die (gemischtgeschlechtliche) Ehe und die Kinder vor Homosexuellen geschützt werden.

Partnerschaften

Nach der Wahlniederlage 2006 wurde der Perspektivengruppenprozess eingeleitet, der mit der Empfehlung einer eingetragenen Partnerschaft am Standesamt nach Schweizer Vorbild (gleiche Rechte u. Pflichten mit Ausnahme Adoption) geendet hat.

Parteichef Molterer, der zuvor noch erklärt hatte, dass die ÖVP einer eingetragenen Partnerschaft niemals zustimmen werde, erklärte das Ergebnis der Perspektivengruppe sei nicht mehr zu diskutieren sondern umzusetzen. Wenige Monate später sah wieder alles anders aus. Die ÖVP lehnte den ohnehin miesen Berger-Entwurf (siehe bei SPÖ) als noch immer zu weitgehend ab und forderte, dass eine eingetragene Partnerschaft **noch minderwertiger** gegenüber der (verschiedengeschlechtlichen) Ehe sein müsse. Des Weiteren fordert die ÖVP ein **ausdrückliches gesetzliches Verbot** sowohl der Stiefkind- als auch der Fremdkindadoption durch gleichgeschlechtliche Paare.

Des Weiteren sperrt sich die ÖVP energisch gegen die Schliessung der Partnerschaft am Standesamt. Denn, so der Zweite Nationalratspräsident Michael Spindelegger von der ÖVP, wie kämen heterosexuelle Brautleute dazu, dass nach ihnen am Standesamt bereits homosexuelle Paare warten würden ...

Bis auf Josef Pröll und Andrea Kdolsky weigerten sich alle VP-Minister, HomosexuellenvertreterInnen auch nur zu empfangen.

Diskriminierungsschutz

Der zuständige Wirtschaftsminister Martin Bartenstein von der ÖVP weigerte sich, HomosexuellenvertreterInnen zu empfangen. Seine Staatssekretärin Christine Marek sagte zu, sich im Zuge der damals bevorstehenden Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz für einen Diskriminierungsschutz auch ausserhalb des Arbeitsplatzes einzusetzen. Die Novelle kam, die Schutzlosigkeit ausserhalb des Arbeitsplatzes blieb. Und Marek erklärte plötzlich, dass dies schon seine Ordnung habe. Der Gesetzgeber gehe zulässigerweise davon aus, dass Homosexuelle nur am Arbeitsplatz diskriminiert würden ...

§ 209-Ersatz

VP-Justizsprecherin Maria Fekter (mittlerweile VP-Innenministerin) forderte im Frühjahr 2007 die Erhöhung des Strafrahmens für die Nachfolgebestimmung des anti-homosexuellen Sonderstrafgesetzes § 209, den § 207b Strafgesetzbuch, der diskriminierend gegenüber Homosexuellen angewendet wird, von 3 auf 5 Jahre. Ausserdem wollte sie eine Mindeststrafe von einem halben Jahr. Die von der VP geforderte Sexualstraf-täterInnendatei soll auch Verurteilte nach § 207b erfassen.

Blutspenden

Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky kündigte im Sommer 2007 auf Initiative des RKL an, den Ausschluss homosexueller Männer vom Blutspenden zu beenden. Die Arbeiten dazu sind im Gange, konnten aber wegen des nach wie vor energischen Widerstands des Roten Kreuzes noch nicht zum Abschluss gebracht werden.

Offen homosexuelle Abgeordnete

Keine.

HG

Maxingstraße
22-24/4/9
A-1130 Wien

Telefon / Fax
+43 (1) 876 61 12
Mobiltelefon +43
(0)676/309 47 37

Dr. Helmut Graupner

Rechtsanwalt, Verteidiger in Strafsachen
auch zugelassen in der Tschechischen Republik

www.graupner.at
E-Mail: hg@graupner.at

Präsident Rechtskomitee LAMBDA, Co-Präsident der Öst. Gesellschaft für Sexuallforschung (OGS), Vice-President for Europe der International Lesbian and Gay Law Association (ILGLaw), Mitglied der European Commission on Sexual Orientation Law (ECSOL), Member of the World Association for Sexual Health (WAS).

In Kooperation mit Kanzleien in Amsterdam-Berlin-Bogotá-Genf-Jerusalem Kapstadt-London-Paris-Stockholm-Sydney-Toronto-Vancouver

LOGO / INTERNET GRAPHIKDESIGN

ARCHITEKTUR- PHOTOGRAPHIE

MICHAEL HIERNER

0676 / 36 67 232

www.hierner.info

American Discount

more books. more magazines. more sports. more dreams

4 bookshops

VIENNA AIRPORT TRANSIT
Gate A + Gate B + Gate C + Plaza

more bookshops

Jakominstrasse 12
8010 Graz
T +43-316-832 324

Rechte Wienzeile 5
A 1040 Wien
T/F +43-1-587 57 72

Neubaugasse 39
A 1070 Wien
T +43-1-523 37 07

Rainbow.Online

www.rainbow.at

Chat . Dating . Diskussion
Profile . Messages . Email
News . Magazin . Events
Adressen . Termine. ...

Österreichs
erste Adresse für
Schwule & Lesben



Ulrike Lunacek:
Einzige offen
homosexuelle
Abgeordnete



Grüne Terezija
Stoisits: Volle
Rehabilitierung
der Opfer



Grüne fordern
volle Gleichbe-
rechtigung

Die Grünen

● Die Grünen fordern als einzige Partei die völlige Gleichberechtigung homosexueller Paare durch sofortige Aufhebung des Eheverbotes und die Ermöglichung der Stief- u. Fremdkindadoption. Ulrike Lunacek hat unmittelbar nach der Wahl entsprechende Anträge im Parlament eingebracht.

Daneben fordern die Grünen eine zusätzliche Wahlmöglichkeit für (hetero- und homosexuelle) Paare durch eine neue Form der Partnerschaft, den Zivilpakt (ZIP), mit einer weniger festen Bindung als bei der Ehe. Auch für den ZIP haben die Grünen einen Gesetzesantrag eingebracht.

Die Grünen fordern konsequent einen umfassenden wirkungsvollen **Diskriminierungsschutz** auch ausserhalb des Arbeitsplatzes. Einen entsprechenden Gesetzesantrag haben sie im Parlament nicht eingebracht.

Wiedergutmachung

Als einzige Partei fordern die Grünen die volle Rehabilitierung der homosexuellen Opfer der NS-Verfolgung und der Opfer der anti-homosexuellen Sonderstrafgesetze in der Zweiten Republik. Die grüne Justizsprecherin (und nunmehrige Volksanwältin) Terezija Stoisits hat einen diesbezüglichen umfassenden Gesetzesantrag im Nationalrat eingebracht. Die Grünen sind die einzige Partei mit einer **offen homosexuellen** Abgeordneten: Ulrike Lunacek

FP-Chef Strache:
Gegen „die Wärmsten
der Warmen“



FPÖ

● Parteichef Strache wettiert regelmässig gegen die „Wärmsten der Warmen“ und diffamierte im Tiroler Landtagswahlkampf den offen schwulen Kandidaten Gebi Mair als „Heizkostenzuschuss“ der Grünen.

Die FPÖ trommelt landauf landab, sie sei die einzige Partei, die gegen die gegen die „Homo-Ehe“ und die Adop-

tion durch homosexuelle Paare kämpfe. Strache will die gleichgeschlechtliche Ehe durch eine Verfassungsänderung (!) verbieten und beruft sich u.a. auf die Anweisungen des Papstes. Weiters befürchtet er einen Zuwanderungsmisbrauch durch die „Homo-Ehe“. Jüngst attackierte die FPÖ Jörg Haider vom BZÖ und stellte dessen Homosexualität in den Raum.

Offen homosexuelle Abgeordnete: Keine.

LIF

● Das LIF war im Nationalrat mit nur einem Abgeordneten vertreten und konnte daher keine eigenständigen Gesetzesanträge einbringen.

An Wortmeldungen sind unterstützende Presseaussendungen von Parteichef Alexander Zach für Bergers Partnerschaft und deren Schliessung am Standesamt bekannt. Nach Bekanntgabe der selbständigen Kandidatur des LIF erneuerte Zach diese Forderung. Zur Adoption wollte er sich dezidiert nicht äussern, weil man nicht über den zweiten Schritt rede bevor der erste gemacht sei... Offen homosexuelle Abgeordnete: Keine.

BZÖ

● Das BZÖ befürwortet eingetragene Partnerschaften gleichgeschlechtl. Paare.

Zu den Details (gleiche Rechte und Pflichten?, Standesamt?) hat sich das BZÖ nicht geäussert. Auch zu anderen Bereichen sind keine Stellungnahmen oder Positionen bekannt. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses steht im Raum, dass die homophoben Politiker Karlheinz Klement („Homosexualität ist Kultur des Todes“) und der frühere Volksanwalt Ewald Stadler (beide vormals FPÖ) für das BZÖ kandidieren.

Offen homosexuelle Abgeordnete: Keine.

Liste Dinkhauser

● Diese Liste kandidiert erstmals. Wir inkludieren sie hier dennoch, weil sie die einzige solcher Parteien ist, der Chancen auf den Einzug in den Nationalrat zugerechnet werden.

Und weil Fritz Dinkhauser sich in einem Kurierinterview vor kurzem für die „Homo-Ehe“ und die gemeinschaftliche Adoption von Kindern ausgesprochen hat.

Mehr Informationen zum Thema finden Sie unter www.RKLambda.at



Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber, Redaktion: RECHTSKOMITEE LAMBDA • Vereinigung zur Wahrung der Rechte gleichgeschlechtlich l(i)ebender Frauen u. Männer, Linke Wienzeile 102, 1060 Wien, Tel/Fax 876 30 61, E-Mail office@RKLambda.at; www.rklambda.at; **Herstellungs- u. Verlagsort:** Wien
Erscheinungsdatum: 13.08.2008; **Layout:** Michael Hierner, www.hierner.info; **Cover:** Neil Curtis' Liquid Markus, www.neilcurtis.com

Mündliche oder schriftliche Zitate sowie der Nachdruck einzelner Beiträge sind unter Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplares jederzeit gestattet. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Jus Amandi ist die Zeitschrift des Rechtskomitees LAMBDA (RKL). Das 15jährige Bestehen des RKL wurde am 2. Okt. 2006 mit einem historischen Festakt im Nationalratssitzungssaal des Parlaments in Wien gefeiert. Dieser weltweit ersten Ehrung einer homosexuellen Bürgerrechtsorganisation in einem nationalen Parlament wohnten unter den über 500 TeilnehmerInnen auch höchste Repräsentantinnen aus Justiz, Verwaltung und Politik bei. Ausführliche Dokumentation unter www.RKLambda.at. IBM is a registered trademark of International Business Machines Corp.